

## Vorwort

Mit einer ambitionierten Rede zur Zukunft der Europäischen Union hat Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron am 26. September 2017 der Reformdebatte einen visionären Impuls verliehen. Macrons Rede an der Pariser Sorbonne-Universität kurz nach den Wahlen zum Deutschen Bundestag richtete sich auch an den politischen Partner in Berlin und suchte den Schulterschluss zur Reform der EU. Nach einer langwierigen Regierungsbildung in Deutschland reagierte die wiedergewählte deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2018 auf die Reformvorhaben aus Paris. Somit werden aktuell Reformideen für einen eigenen Haushalt für die Eurozone, die Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Integration, die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds sowie die Schaffung einer Europäischen Armee zwischen Paris und Berlin diskutiert.

Trotz dieser Reformimpulse bewertet Werner Weidenfeld in seiner *Bilanz* die europäische Tagespolitik als weiterhin vom Krisenmanagement erfasst. Herausforderungen wie die neue populistische und gleichzeitig europaskeptische Regierung des Gründungsmitglieds Italien, die weiterhin stockende Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und die Verhandlungen zum erstmaligen Austritt eines Mitglieds aus der EU würden von der wichtigen Aufgabe, Europas Seele zu suchen, ablenken. Dabei unterstreicht Weidenfeld die Wichtigkeit, die strategische Sprachlosigkeit in Europa zu überwinden.

Den Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU widmet das Jahrbuch erneut einen eigenen Beitrag. Über zwei Jahre nach dem Austrittsreferendum zeichnet sich bei den Verhandlungen erst im November 2018 eine Einigung ab. Essentielle Fragen wie die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, aber vor allem die Verhinderung einer befestigten Grenze auf der irischen Insel, die den fragilen Frieden zwischen Nordirland und der Irischen Republik gefährden würde, stellen die größten Hürden auf dem Weg zu Verhandlungsergebnissen dar. Die verschiedenen Positionen werden in den Beiträgen über den *Brexit*, das *Vereinigte Königreich* und *Irland* beleuchtet.

Im Kapitel zu den *Institutionen der Europäischen Union* wird deutlich, dass sich die Institutionen und europapolitischen Akteure bereits auf die Europawahlen 2019 vorbereiten. Der Beitrag über das *Europäische Parlament* beschreibt die Entscheidungsfindung über die künftige Verwendung der Sitze der britischen Europaabgeordneten nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs. Obwohl insbesondere Staatspräsident Macron für das Aufgehen der 73 britischen Sitze in einen europäischen Wahlkreis und damit die Etablierung transnationaler Listen warb, stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments letztlich gegen das Vorhaben. Stattdessen soll im neugewählten Europäischen Parlament der Grundsatz der „degressiven Proportionalität“ verbessert Anwendung finden, indem zuletzt benachteiligte Mitgliedstaaten wie Frankreich und Spanien jeweils fünf zusätzliche Sitze erhalten. Ferner nimmt die Zersplitterung im Europäischen Parlament weiter zu und könnte den Spitzenkandidatenprozess zur Ernennung des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission beeinflussen, wie der Beitrag über die *Europäischen Parteien* schlussfolgert. Zudem wirken sich Tendenzen der Desintegration und Abbauflexibilisierung immer wesentlicher auf das Gleichgewicht zwischen den EU-Institutionen aus, wie Darius Ribbe und Wolfgang Wessels in ihrem Beitrag über die *Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte* feststellen.

Im Kapitel zur *politischen Infrastruktur* zeichnet der Beitrag über die *Europäische Bürgerinitiative* die Reform dieses Recht der Unionsbürger zur Agenda-Setzung auf EU-Ebene nach. In einem breiten Reformprozess über eine bürgernähere Ausgestaltung der Bürgerinitiative werden sowohl Experten als auch die Zivilgesellschaft konsultiert.

Die einzelnen Beiträge zur *Innen- und Außenpolitik der Europäischen Union* bieten tiefergehende Detailanalysen zu den Entwicklungen der einzelnen Politikbereiche an. Erneut steht die Migrationskrise mit ihren innen-, sicherheits- und außenpolitischen Dimensionen im Vordergrund. Die legislative Tätigkeit in diesem Politikbereich ist weiterhin blockiert und beruht zunehmend auf Freiwilligkeit, wie der Beitrag über die *Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik* unterstreicht. Der Beitrag über die *Beschäftigungs- und Sozialpolitik* bespricht den Mehrwert der im November 2017 verabschiedeten Europäischen Säule sozialer Rechte. Als integrationspolitisches Novum wird im Beitrag über die *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* die Entscheidung von 25 Mitgliedstaaten zur Etablierung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (im Sprachgebrauch auch PESCO als Abkürzung für Permanent Structured Cooperation) erläutert.

Im Kapitel über die *Europäische Union und ihre Nachbarn* wird die weitere Ausdifferenzierung der Zusammenarbeit der EU mit ihren Nachbarn deutlich. Während der Beitrag über die *Türkei* schlussfolgert, dass die Zukunft der Beitrittsverhandlungen weiterhin ungeklärt ist, steht im Kapitel über die *Erweiterung der Europäischen Union* die neue Westbalkan-Strategie der EU und ihre Auswirkung auf die Beitrittskandidaten im Fokus.

Das Kapitel zur *Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen zur NATO.

Politisches Spaltpotenzial geht zunehmend von der Infragestellung des Rechtsstaates und europäischer Werte in einigen Mitgliedstaaten aus und findet seinen Höhepunkt in der erstmaligen Einleitung eines Verfahrens nach Art. 7 EUV gegen Polen. Divergierende Positionen zwischen den Mitgliedstaaten traten ebenfalls in den Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu Tage: Während südeuropäische Mitgliedstaaten für eine Erhöhung des Haushalts trotz des Austritts des Vereinigten Königreichs als großen Nettozahler eintreten, formierte sich eine „Hanse-Gruppe“ nordeuropäischer Mitgliedstaaten, die dieser Forderung entgegentritt. Die jeweiligen nationalen Positionen werden im Kapitel über die *Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union* dargestellt.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 38. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 unter [www.Wissen-Europa.de](http://www.Wissen-Europa.de) hinzuweisen, wo einem breiten Publikum über drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung stehen. Mit dieser Ausgabe wird der Bestand um den Zeitraum von Mitte 2017 bis Mitte 2018 erweitert. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C.A.P) und dem Centrum für Türkei und EU Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt auch den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Jana Schubert danken wir für ihre großartige Redaktion, ohne die die Realisierung dieses Projekts nicht möglich wäre.

*Werner Weidenfeld*

*Wolfgang Wessels*